

Inforadar 40 Dezember 2023 bis Mai 2024; aufgeschaltet am 31.5.2024

Geschätzte Inforadarempfängerinnen und -empfänger

Anbei eine Liste mit «wasserpolitisch» mehr oder weniger Relevantem aus den ersten Monaten von 2024. Neu wird aus dem Inforadar das **Politradar Wasser**. Eawag und Wasser-Agenda 21 werden diese Mitteilung drei bis viermal jährlich **als Newsletter** gemeinsam versenden. Ansonsten bleibt die Form im Wesentlichen gleich: kurze Hinweise zur nationalen und kantonalen Wasserpolitik, ab und zu mit Blicken in die Nachbarländer oder zur EU, weiterführenden Links und wie bisher ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Achtung: auch bisherige Abonentinnen und Abonnenten des Inforadars registrieren sich bitte unter dem folgenden Link, um den Newsletter (bzw. das Politradar Wasser) weiterhin zu erhalten: «[Politradar Wasser abonnieren](#)»; (Sie können die Mitteilungen jederzeit wieder abbestellen).

Andri Bryner (Eawag) und Yvonne Zollinger (Wasser-Agenda 21)

Gesetze/Verordnungen

1.2. Die Verordnung über [Trink-, Bade- und Duschwasser \(TBDV\)](#) tritt in einer revidierten Fassung in Kraft. U.a. wurde analog dem Recht in der EU der Parameter Bisphenol A mit einem Höchstwert von 2,5 µg/l in den Anhang 2 der TBDV aufgenommen. Zusätzliche Anpassungen an das europäische Recht werden zwar evaluiert, sind aber erst für eine spätere Revision vorgesehen.

Der Bundesrat...

10.1. lehnt in seiner Botschaft die «[Umweltverantwortungsinitiative](#)» (Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen») ab.

10.1.: verabschiedet das Mandat für die [Konferenz zur Bonner Konvention](#) zum Schutz wandernder Wildtiere (gilt auch für Wanderfische).

10.1. eröffnet die Vernehmlassung (bis 18.4.) zu einem [nationalen Leitungskataster](#). Die Vernehmlassungen können [hier](#) eingesehen werden.

14.2. nimmt Stellung zur Interpellation 23.4460 von Florence Brenzikofer (GPS/BL): [Trinkwassergrenzwerte und Altlastenmanagement](#). Der BR kündigt dabei an, dass das BLV aufgrund neuer Anforderungen bezüglich PFAS in der EU-Trinkwasserrichtlinie die Höchstwerte fürs Trinkwasser überprüfe. Diese sollen analog zur EU durch einen Höchstwert von 0,1 µg/l für die Summe von 20 ausgewählten PFAS ersetzt werden. Der neue Höchstwert soll in der Schweiz im Einklang mit der Umsetzung in der EU ab 2026 gelten.

14.2. nimmt Stellung zur Interpellation IP 23.4482 von Michael Töngi (GPS/LU): «[Wie gefährlich sind übermässige Ammoniak- und Stickstoffemissionen für die Gesundheit?](#)» (Am 15.3. ohne Diskussion im NR erledigt)

21.2. verabschiedet die [Botschaft über Verpflichtungskredite im Umweltbereich 2025-2028](#) zuhanden des Parlaments. Von den insgesamt 2,207 Mrd. Franken sind folgende Beträge für Wasserthemen vorgesehen: Hochwasserschutz CHF 481 Mio., Revitalisierung CHF 146 Mio., Abwasserreinigungsanlagen CHF 450 Mio. und Restwassersanierungen CHF 8 Mio. Es ist das erste Mal, dass das Parlament die Verpflichtungskredite im Umweltbereich in einer separaten Botschaft behandelt (analog zur Landwirtschaft, Bildung und Forschung, Kultur oder Armee). Bisher wurden die Kredite dem Parlament im Rahmen des jährlichen Budget-Voranschlags unterbreitet. Ein Antrag, die [Mittel für Revitalisierungen um 40 Mio. aufzustocken](#), lehnt der SR am 28.5. ab.

1.5. lanciert die Vernehmlassung (bis 22.8.) zu [Massnahmen für Abwasserreinigungsanlagen im Falle einer Strommangellage](#).

8.5. präsentiert eine (aus seiner Sicht) positive [Zwischenbilanz 2017-2022 zum Aktionsplan Pflanzenschutzmittel. PSM](#).

8.5. verabschiedet die [Botschaft über die Verbesserung des Hochwasserschutzes am Alpenrhein](#): Aufgrund der Hochwassergefahr im unteren Rheintal haben die Schweiz und Österreich beschlossen, den Hochwasserschutz an der gemeinsamen Rheinstrecke auf der Grundlage eines neuen Staatsvertrags auszubauen. (17.5.: [Unterzeichnung Staatsvertrag](#))

Parlament (N=Nationalrat, S=Ständerat)

1.2. Die UREK-S lanciert ein Postulat 24.3007, das ein [Inventar der historischen Wasserkraftanlagen in der Schweiz](#) fordert. Der BR ist bereit, den Vorstoss anzunehmen und mit den Kantonen die verlangten Daten zu diesen zumeist sehr kleinen Wasserkraftanlagen zu sammeln.

5.3. Der Ständerat nimmt den Punkt 2 der Motion (23.3498) an: [«Ehehafte Wasserrechte schützen und einen klaren Rahmen für die Anwendung der Restwasserbestimmungen schaffen»](#). Damit wird der Bundesrat beauftragt, eine zusätzliche gesetzliche Regelung zur Sanierungspflicht und den zeitlichen Rahmen für die Einhaltung der Restwasservorschriften für diese (zumeist sehr kleinen) Kraftwerke zu schaffen, die auf nicht mehr gültigen Rechtsgrundlagen fussen.

15.3. Frühlingssession: Das Parlament verabschiedet das revidierte [Bundesgesetzes über den Wasserbau](#) einstimmig. Damit wird das integrale Hochwasserrisikomanagement gesetzlich verankert und der Bund dazu verpflichtet, sich finanziell stärker am Hochwasserschutz zu beteiligen. Die Ergänzung des Zweckartikels mit einer expliziten Erwähnung der Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Funktionen der Fließgewässer wurde abgelehnt. Aufgenommen wurde hingegen die Forderung, dass die neue Gestaltung des Gewässerraums in den ersten fünf Jahren mitzufinanzieren ist.

Weiteres aus der Frühjahrssession: Die Motion [«Verbandsbeschwerderecht bei Solar- und Wasserkraft aufheben»](#) von a. NR Therese Schläpfer (SVP/SG) wurde zurückgezogen. Die Diskussion über die Schwächung des Verbandsbeschwerderechts bleibt im Rahmen verschiedener anderer Geschäfte im Parlament hängig (u.a. Beschleunigungserlass [23.051](#) oder Pa.IV. Bregy [19.409](#)). Nicht behandelt wurden die Motion [«Aktionsplan. Verminderung und Vermeidung von Mikroplastik in Gewässern»](#) von Martina Munz (SP/SH) und das von Andreas Meier (M-E/AG) übernommene Postulat [«Höhere Versorgungssicherheit mit besser gefüllten Speicherseen»](#). Die Motion [«Förderung](#)

der [Qualität der bestehenden Schutzflächen und der Biodiversität im Siedlungsraum](#)» von Heidi Z'graggen (M-E/UR) wurde vom Ständerat zur Vorberatung in die UREK geschickt.

Bei den neu eingereichten parlamentarischen Vorstössen fallen fünf gleichlautende Motionen auf, die eine harmonisierte, nationale Strategie des Wasserverbrauchs fordern ([24.3201](#), [24.3171](#), [24.3214](#), [24.3230](#), [24.3205](#)). Der Bundesrat soll Massnahmen zur Verringerung des Wasserverbrauchs in die Anforderungen für den Mindestinhalt der kantonalen Richtpläne aufnehmen. Die Vorstösse stammen von Vertreterinnen und Vertretern von FDP, Mitte, GPS und SP.

Beantwortete bzw. erledigte Vorstösse:

Ip. Michael Töngi GPS/LU [23.4482](#) Wie gefährlich sind übermässige Ammoniak- und Stickstoffemissionen für die Gesundheit?

Ip. Niklaus Gugger EVP/BE [23.4516](#) PFAS-Belastung in Schweizer Gewässern und Fischen. Kumulierte und kombinierte Effekte auf die menschliche Gesundheit berücksichtigen!

Ip. [23.4368](#) Simone Gianini FDP/TI, sowie Ip. [23.4460](#) Florence Brenzikofer GPS/BL
Trinkwassergrenzwerte und Altlastenmanagement

Angenommen wurde das Postulat 22.4168 von Christine Bulliard-Marbach M-E/FR: [Wasserversorgung für die Bergland- und Alpwirtschaft](#). Der BR wird damit beauftragt, zusammen mit den Kantonen den finanziellen Bedarf für die Erneuerung und den allfälligen Ausbau der Infrastrukturen für die Wasserversorgung der Berglandwirtschaft und Alpwirtschaftsbetriebe zu erheben und Vorschläge zu unterbreiten für die Finanzierung dieses Bedarfs.

Verwaltung

25.1. Ab dem 1.7.2024 gilt im BAFU eine [neue \(thematische\) Struktur der Direktionsbereiche](#).

Gerichte

9.4. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg urteilt aufgrund einer Klage der Klimaseniorinnen, dass die Schweiz nicht genug unternommen habe gegen die fortschreitende Klimaerwärmung. [Press release](#) (pdf) des EMGR.

22.5. Das BLV publiziert den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts gegen Syngenta zu den [Chlorothalonilmetaboliten](#). Alle diese Metaboliten gelten nun wieder als relevant. Die Wasserversorger sind gehalten, die Konzentrationen im Trinkwasser unter den 0,1yg/L-Wert zu bringen.

Kantone (Auswahl)

24.1. Kanton VD: Une source sûre pour tout savoir de la qualité des eaux des rivières vaudoises. Le Canton a lancé hier un [portail pour consulter les données collectées sur plus de 50 rivières](#) du territoire.

30.1. Das Kantonsparlament Solothurn bewilligt [Wasserwirtschaftsplanung](#) (u.a. bessere Regenwasserspeicherung) als Massnahme gegen Trockenheit.

3.3. Im Kanton ZH wird die [Uferinitiative](#) mit 64% Nein abgelehnt. Das Volksbegehren wollte den Schutz, die Aufwertung und die verbesserte öffentliche Zugänglichkeit von See- und Flussufern stärken. Es hat allerdings stark auf den Uferweg am Zürichsee fokussiert.

25.3. Fünf Parlamentarier:innen reichen im Kantonsrat Zürich ein Postulat ein zum Thema [Pestizide in kantonalen Naturschutzgebieten](#) (u.a. aufgrund einer Studie des Oekotoxenzentrums).

März: Der Kanton Bern überarbeitet seine Wasserstrategie (2025) und erstellt neu eine Konzessionsstrategie Wasserkraft: [awa aktuell 01/2024](#). 1.4. Der Kanton VS installiert mit Laurent Horvath als erster Kanton einen kantonalen Wasserdelegierten. Der "[Monsieur Eau](#)" soll namentlich für eine koordinierte Umsetzung der kantonalen Wasserstrategie sorgen.

25.3. Der Urner Regierungsrat informiert über die Möglichkeiten zur Revitalisierung und Bebauung des Isleten-Deltas am Urnersee. Das Ganze ist sehr umstritten, da der Investor Sawiris auf dem Delta eine Überbauung mit Marina plant und eine Volksinitiative "Isleten für alle" zustande gekommen ist; sie kommt ev. Schon dieses Jahr zur Abstimmung. <https://www.ur.ch/newsarchiv/112573>

11.4. Der Kanton Uri stellt für rund 2.5 Mio. CHF die Revitalisierung eines Abschnitts der Reuss oberhalb Erstfeld fertig: <https://www.ur.ch/newsarchiv/113233>

EU / Ausland

23.1. Die EU-Kommission hat neue Mindeststandards für [Materialien angenommen, die mit Trinkwasser in Berührung](#) kommen. Sie sollen ab dem 31.12.2026 gelten. Siehe dazu auch 24.4.: [Regelungspaket bestehend aus sechs separaten Rechtsakten](#)

7.2. [Kommissionspräsidentin von der Leyen will Pestizid-Vorschlag zurückziehen](#). Das Thema sei nicht vom Tisch, aber der Vorschlag (Halbierung des Pestizid-Einsatzes bis 2030) habe polarisiert.

27.2. Eine Mehrheit des [EU-Parlaments spricht sich für Nature Restoration Law aus](#); siehe dazu auch 5.2.: [IGB und BOKU: Wie soll die Umsetzung des Nature Restoration Law \(NRL\) an Flüssen erfolgen?](#)

12.3. Die EU-Kommission ruft zum Handeln auf allen Ebenen auf, um [Klimarisiken](#) zu begegnen.

12.3. EU-Parlament verabschiedet [revised Industrial Emissions Directive \(IED\)](#).

26.3. Deutschland setzt die [Trinkwassereinzugsgebieteverordnung](#) (TrinkwEGV) in Kraft, basierend auf der seit 2021 geltenden Trinkwasserrichtlinie der EU.

11.4. Das EUParlament nimmt die [neue Kommunalabwasserrichtlinie](#) an. Die Hersteller von Arzneimitteln und Kosmetika sowie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen in Zukunft die Kosten für die zusätzliche Behandlung von Mikroschadstoffen finanzieren.

11.4. Das EU-Parlament [lockert Umweltregeln in der Agrarpolitik](#). Siehe dazu auch: 1.3.: [Nitratinitiative kritisiert Lockerung von Standards in EU-Agrarförderung](#). Vier Prozent der Brachflächen sollen nicht mehr für den Umwelt- und Artenschutz vorgesehen werden. Die erlaubte

Düngung auf diesen Flächen droht die Nitratbelastung in Grund- und Oberflächengewässern weiter zu verschärfen.

26.4. Mikroplastik: Das EU-Parlament ist [für strengere Verordnung gegen Kunststoffgranulat-Verluste](#).

29.4. In Ottawa gehen die Verhandlungen über ein globales Plastikabkommen zu Ende. Es sollte, ähnlich wie beim Klimaabkommen von Paris, verbindliche Ziele festlegen, damit weltweit weniger Plastikmüll entsteht. [Ein Vorschlag sah vor](#), die Herstellung von primären Plastikpolymeren in den nächsten 15 Jahren um 40 Prozent zu reduzieren. Doch Länder mit grosser Öl- und Gasindustrie zogen ihre Unterstützung in letzter Sekunde zurück. Nun sollen weitere Gespräche hauptsächlich auf den Umgang mit Plastik und dessen Wiederverwertung fokussieren, bevor im Herbst in Südkorea ein verbindlicher Vertrag abgeschlossen werden soll.

2.5. [G7-Wasserkoalition soll Strategien für integriertes Wassermanagement entwickeln](#). Ausserdem soll die Koalition gemäss Abschlusserklärung von Turin den anlaufenden Vorbereitungsprozess zur UN-Wasserkonferenz 2026 begleiten.

Ausblick

Das Bundesgesetz für eine «Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» ([Mantelerlass](#)) kommt am 9.6. vors Volk (Referendum von Windkraftgegnern und SVP).

Der [Beschleunigungserlass](#), Geschäft 23.051 des Bundesrates, kommt nach UREK-N in die UREK-S. Damit sollen auch die Bewilligungsverfahren für Wasserkraftwerke beschleunigt werden. Die Kantone sollen ein konzentriertes Verfahren für die Konzessionserteilung und die Nutzungsplanung einführen. Sie können dabei frei bestimmen, welche kantonale oder kommunale Behörde für dieses Verfahren zuständig ist. Beim Baubewilligungsverfahren soll es keine Änderungen geben. Es soll zudem weiterhin möglich bleiben, die ordentlichen Planungs- und Konzessionsverfahren anzuwenden. Auch eine Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts ist beantragt

Die [Parlamentarische Initiative 21.487](#) von Werner Salzmann SVP/BE Erneuerbare Energien und wirtschaftliche Entwicklung höher gewichten als Behördeninventare ohne demokratische Legitimation kommt in den Ständerat.

Die [Motion 21.3746](#) von Claudia Friedl SP/SH Sicheren Fischabstieg ermöglichen – zum Schutz des Aals und anderer Wanderfische kommt in den Ständerat.

Die Revision der PSMV und des EpG laufen. Siehe dazu auch Stellungnahmen von Eawag und Oekotoxzentrum: <https://www.eawag.ch/de/beratung/wissens-und-technologietransfer/vernehmlassungen/>

Die Motion 23.4297 «Lancierung neuer [nationaler Forschungsschwerpunkte im Bereich Klima, Energie und Biodiversität](#)»; übernommen von Balthasar Glättli (Grüne/ZH) kommt in die WBK-N (mit Ablehnungsantrag BR).